



Infoblatt

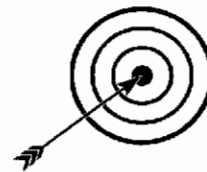
Nr. 2 / 1999

Liebe Dornacherinnen und Dornacher

Es freut uns, Ihnen das zweite Info-Blatt in neuer Form übergeben zu können. Wir haben uns bemüht, aktuelle Themen zu beleuchten. Beginnen wollen wir mit einem Interview mit der Präsidentin und einem Mitglied der Umweltkommission. Im weiteren lesen Sie einige Details darüber, was im Untergrund vor sich geht – über die Kanalisationen. Selbstverständlich kommt auch der Gemeinderat wie üblich zu Wort. Ein Artikel befasst sich mit der Nachwahl eines Mitgliedes der Rechnungsprüfungskommission, die einigen Staub aufgewirbelt hat. Und am Schluss machen wir einen grossen Schritt über die Grenzen ins ferne Baschkortostan, von wo unser Gemeinderat Edwin Kaufmann berichtet, wie Aufbauhilfe geleistet wird.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und unterhaltsame Lektüre.

Für die kommenden Festtage wünschen wir Ihnen Ruhe und Zeit zur Besinnung. Wir wünschen Ihnen auch, dass Sie den grossen Schritt vom 20. ins 21. Jahrhundert ohne technische Probleme – und sei dies nur die Kaffeemaschine, die nicht mehr funktioniert – überstehen. Für das kommende Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute.



Ankündigung!

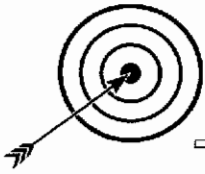
Vollversammlung der Freien Wähler

Mittwoch, 1. Dezember 1999

20.00 Uhr, Grosser Saal,
Altersheim Wollmatt

**Kurzbeiträge, Gespräch
und Diskussion über die
zukünftige
Organisationsstruktur der
Gemeinde Dornach**





Interview

Gespräch mit den Mitgliedern der Freien Wähler in der Umweltschutzkommission (Frau U. Kradolfer, Präsidentin, Herr K. Remund)

Womit befasst sich die Umweltschutzkommission zur Zeit?

Wir befassen uns zur Zeit vor allem mit den folgenden Themen:

- Grüngutverwertung
- Die Veränderungen im Zusammenhang mit der Kelsag
- Die Situation im Ramstel
- Wildes Deponieren – Littering

Die Reihenfolge entspricht auch ungefähr der Prioritätenliste der Kommission.

Was ist denn genau das Problem bei der Grüngutverwertung?

Das Problem ist, dass Dornach zuviel Grüngut ausserhalb der Gemeinde entsorgen muss. Es wird in die Kompostieranlage der Stadtgärtnerei Basel in Arlesheim geliefert. Die Stadtgärtnerei hat eine vom Kanton Baselland bewilligte Gesamtjahresmenge von 30 000 m³ (ca. 7500 Tonnen). Dieses Volumen wird bald überschritten, wenn die anliefernden Gemeinden ihre Liefermengen nicht reduzieren. Die Gesamtmenge an Grüngut betrug 1997 etwa 564 Tonnen, 1998 etwa 466 Tonnen. Der zunehmende Trend ist nur über mehrere Jahre sichtbar. Man hat von 1997 auf 1998 von der Volumen- zur Gewichtsmessung umgestellt. Per August dieses Jahres stehen wir schon bei etwa 292 Tonnen (bis August 1998 etwa 257 Tonnen).

D.h. dass pro Einwohner bis August dieses Jahres 50,34 kg Grüngut angefallen sind. Die Stadtgärtnerei verlangt von der Einwohnergemeinde eine Reduktion der Liefermenge um 150 Tonnen innerhalb von drei Jahren. Zudem muss die Gemeinde Münchenstein ihre selbst betriebene Kompostieranlage sanieren oder allenfalls schliessen. Die Stadtgärtnerei wortwörtlich: Die Übernahme dieser Rohware erfolgt zu Lasten des Kontingentes der Gemeinde Dornach, die trotz mehrmaliger Aufforderung zur Einführung der gebührenpflichtigen Grünabfuhr und Förderung des dezentralen Kompostierens nicht reagiert hat. Dornach ist die einzige Gemeinde, die bis jetzt keine Anstrengungen unternommen hat, die Liefermenge zu reduzieren. Andere Gemeinden verfolgen seit geraumer Zeit das Konzept des dezentralen Kompostierens. Die meisten dieser Gemeinden haben eine gebührenpflichtige Grünabfuhr.

Was bedeutet Gebührenpflichtige Grünabfuhr?

Die Einwohner müssen für ihr Grüngut eine Marke verwenden, vergleichbar mit der Sperrgutmarke.

Kommt das bei uns auch?

Im Jahr 2000 noch nicht, aber vielleicht später.

Wovon hängt das ab?

Wenn so viele EinwohnerInnen dezentral kompostieren, dass die Grüngutmenge, die wir in die Kompostieranlage liefern, stark abnimmt, können wir darauf verzichten. Dafür haben wir in Absprache mit der Bau- und Werkkommission ein Konzept erarbeitet, das am 9. August 1999 im Gemeinderat behandelt wurde. Im wesentlichen bejahte der Gemeinderat diese Stossrichtung, einige Vorschläge des Konzeptes wurden aber abgelehnt. Zum Beispiel wurde die Schliessung der Grüngutmulde im Ramstel auf den 1.1.2000 abgelehnt.

Was beinhaltet denn dieses Konzept?

Der erste Schritt war die Einführung eines Kompostreglements, das am 10. August 1998 in Kraft trat. Dadurch war die reglementarische Grundlage geschaffen, um am 1.1.1999 eine Kompostberaterin zu verpflichten. In ihrem Pflichtenheft wurden folgende Aufgaben festgehalten:

- An alle Einwohner und Einwohnerinnen telefonische Auskunft geben
- Informationsveranstaltungen durchführen
- Gemeinschaftliche Kompostplätze einrichten und die Arbeit begleiten

Was hat sie bisher erreicht?

Neben Auskünften und Beratungen ist das einzige konkrete Ergebnis ein Kompostplatz beim Schulhaus Gwänd, der in Zusammenarbeit mit dem Rektor und den Hauswirtschaftslehrerinnen entsteht.

Warum ist das so?

In Arlesheim gibt es doch über dreissig dezentrale Kompostplätze?

Arlesheim hat von Anfang an die beiden Kompostberaterinnen und ihre Arbeit konsequent unterstützt. Da haben wir in Dornach eine andere Situation. Man hat zuviel Angst vor den finanziellen Folgen und es fehlt auch an Überzeugung vom langfristigen Nutzen einer solchen Investition.

Das heisst doch aber, dass die Grüngutmenge überhaupt nicht reduziert wird?

Richtig! Sie wird tatsächlich nicht reduziert. Im Gegenteil, wir haben bis jetzt in diesem Jahr von den Haus-zu-Haus-Sammlungen einen Drittel mehr Material abgeliefert als im letzten Jahr. Die Stadtgärtnerei verhängte einen Lieferstopp (zu grosse Menge, schlechte Qualität). Das Material wird nun zur Kompostieranlage der Kelsag in Liesberg gebracht. Deren Kapazitätsgrenzen werden aber mit grösster Wahrscheinlichkeit auch bald erreicht werden.

Ja was kann man denn da machen?

Grundsätzlich sollte die Bevölkerung vor allem für Astmaterial den Häckseldienst viel mehr beanspruchen. Dies wäre sehr wichtig. In einer Viertelstunde lässt sich kostenlos eine grosse Menge Äste häckseln. Ganz wichtig ist aber auf jeden Fall, dass die Einwohner selber kompostieren. Dazu kann die Hilfe der Kompostberaterin in Anspruch genommen werden (Frau Regula Pulfer, Telefon 411 59 01).

Nun zum Thema Kelsag:

Warum gibt es ab 1.1.2000 neue Kehrichtsäcke, die sogar pro Sack 50 Rappen teurer sind (35 Liter-Sack)?

Ab 1.1.2000 tritt eine Bundesverordnung in Kraft, die das Deponieren von brennbaren Siedlungsabfällen verbietet. Deshalb muss der gesamte Kehricht von Dornach in die Kehrichtverbrennungsanlage nach Basel gebracht werden. Das Verbrennen kostet pro Tonne fast doppelt soviel wie das Deponieren. Die Deponiekapazitäten sind begrenzt. Ausserdem kann die Wärme der Ablage genutzt werden und was übrig bleibt ist wenig umweltgefährdend. Durch das Verbrennen reduziert sich das Deponievolumen auf ca. einen Drittel. Die anfallende Schlacke wird bis etwa zum Jahre 2010 auf die Deponie der Kelsag gebracht werden können. Dann ist die Deponie voll. Die Gemeinde hat nun versucht, Kosten für die EinwohnerInnen in Dornach zu sparen. Sie wollte einen eigenen Vertrag mit der KVA Basel aushandeln und einen eigenen Transporteur verpflichten. Dies kam aus verschiedenen Gründen nicht zustande.

Nun habt Ihr noch das wilde Deponieren angesprochen?

Es wird immer wieder wild deponiert. Vor allem Grüngut im Wald und Gegenstände, deren Entsorgung relativ teuer ist (Autobatterie, Kühlschrank). Der Förster der Bürgergemeinde oder Angestellte des Werkhofes werden dadurch gezwungen, diese Aufräumarbeiten zu verrichten. Das heisst, dass einzelne EinwohnerInnen dafür verantwortlich sind, dass



alle Steuerzahler die Entsorgung derer Privatabfälle bezahlen müssen.

Gibt es im Zusammenhang mit der Entsorgung im Ramstel Probleme?

Ja. Mangelnde Disziplin der Leute ist ein Dauerthema. Wir haben z.B. jemanden dabei erappt, wie er einen Sack mit Siedlungsabfällen in den Container mit dem Papier entleerte, häufig wird mit dem Grüngut zusammen auch noch gerade der Blumentopf aus Ton entsorgt. Immer wieder bringen auch Menschen aus anderen Gemeinden ihr Material in den Ramstel. Des-halb wurde dieses Jahr die Ausweisungspflicht eingeführt, damit nur EinwohnerInnen von Dornach entsorgen können. Damit die Ordnung auf dem Platz besser gewährleistet werden kann, wurde eine zweite Betreuungsperson angestellt. Die Umweltkommission hatte schon lange und immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Person nicht genügt, um die Sammelstelle zu betreuen.

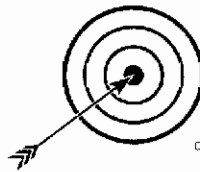
Was ist für uns als EinwohnerInnen das Wichtigste im Zusammenhang mit Abfall?

- Möglichst viel in ihrem eigenen Garten kompostieren
- Überlegen Sie, ob Sie mit andern zusammen einen Gemeinschaftskompostplatz einrichten können (nehmen Sie mit Frau Pulfer Kontakt auf)
- Benützen Sie für verholztes Material den Häckseldienst der Gemeinde (Daten im Abfallkalender)
- Benützen Sie die Papiersammlungen der Schule (Daten im Abfallkalender)
- Bringen Sie nur Kleinmengen auf den Ramstel
- Sortieren Sie den Abfall für den Ramstel konsequent
- Entsorgen Sie im Ramstel den Abfall am richtigen Ort

Denken Sie an folgende Abfallregel (die drei Vs...):

- **V**ermeiden, **V**ermindern, **V**erwerten!

Das Gespräch über die Arbeiten der Umweltkommission führte die Redaktion des Infoblattes mit Ursula Kradolfer (Präsidentin) und Kurt Remund, beide Vertreter der Freien Wähler in dieser Kommission.



Aus dem Gemeinderat

Gemeinderat

15 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans Hasler, Armin Hulliger, Markus Jermann, Edwin Kaufmann

Der Gemeinderat hatte seit dem letzten Erscheinen des Infoblattes der Freien Wähler vor den Sommerferien fünf Sitzungen. Die wichtigsten Geschäfte seien herausgegriffen:

Gestaltungsplan Saffret

Das Gebiet des sog. Munihofes Saffret wurde vom Gemeinderat im Eilverfahren der Wohnzone zugeordnet. Nun geht es darum, eine für die Gemeinde und die möglichen Investoren gute Überbauungsvariante zu finden. Es handelt sich um ein grosses Gebiet, das direkt an die sogenannte Kernzone angrenzt. Es ist deutlich, dass hier mit Umsicht und Entschiedenheit eine Standardlösung verhindert werden muss. Hierbei ist für den Politiker das Problem spürbar, dass er abwägen muss zwischen den Wünschen der Investoren, die Geld und neue Bewohner ins Dorf bringen und den siedlungspolitischen Interessen der Gemeinde und deren Einwohner. Wenn nur die Renditefrage der Überbauung entscheidend ist, entsteht eine Siedlungsstruktur, die

sich gut verkaufen lässt, aber architektonisch, gestalterisch und von der Lebensqualität her Fragen aufwirft. Hier ist der Gemeinderat gefordert, über den Gestaltungsplan Rahmenbedingungen zu formulieren, worüber denn auch an den Sitzungen zu diesem Thema eifrig diskutiert wurde. Für einige vorausgehende Fragen greift der Gemeinderat bei dieser Arbeit direkt auf die Hilfe der Planungskommission sowie der Bau- und Werkkommission zurück. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die Zeit. Es gibt nichts Mühsameres, als eine politische Behörde, die Geschäfte verschleppt. Auf der andern Seite kann sich der Gemeinderat nicht unter Druck setzen lassen, wenn er erkennt, dass bestimmte Fragen gründlich abgeklärt werden müssen.

Grüngutverwertungskonzept

Die Gemeinde Dornach produziert zuviel Grünabfall. Wobei das eigentlich schon falsch ausgedrückt ist. Es müsste heissen: Die Gemeinde Dornach will zuviel Grünabfall an die Stadtgärtnerei abliefern. Die Stadtgärtnerei verweigert nun die Annahme des Materials von Dornach und verlangt eine Reduktion der Liefermenge. Die Umweltschutzkommission und die Bauverwaltung haben ein Konzept ausgearbeitet und Lösungsvorschläge eingereicht. Zudem haben auch neue Entwicklungen bei der Kelsag für ausführliche Diskussionen gesorgt. (Siehe zu diesem Geschäft auch das Interview in diesem Infoblatt).

Unterkellerung Abdankungsgebäude

Nach dem Beschluss zum Bau des neuen Abdankungsgebäudes befasste sich der Gemeinderat erneut mit dem Projekt. Ein geologisches Gutachten hat ergeben, dass für das neue Gebäude eine Fundation erstellt werden muss, d.h. das Gebäude muss auf Betonriegel gestellt werden, weil der Untergrund zuwenig fest ist. Nun hat die Friedhofkommission den Vorschlag gemacht, dass man anstatt Betonriegel zu erstellen, das Abdan-

kungsgebäude unterkellern könnte. Dies wurde nach einiger Diskussion im Gemeinderat auch so gutgeheissen. Obwohl man heute noch nicht genau weiss, wofür man den Platz braucht ist es sinnvoll, den Raum zu erstellen. Es besteht die Gefahr, dass später dem Gemeinderat der Vorwurf gemacht wird, er hätte diese günstige Option verschlafen. Die Zusatzkosten belaufen sich auf ca. Fr. 90 000.--. Die Friedhofkommission ist zudem beauftragt worden, die Erschliessung des Kellers sicherzustellen und sich Gedanken über eine mögliche Nutzung zu machen. Es ist klar, dass der Friedhof- und Bestattungsbetrieb durch die neue Nutzung nicht beeinträchtigt werden darf.

Strassenarbeiten und Kanalisation

Der Ausbau der Dorneckstrasse ist abgeschlossen worden und steht gegenüber dem Kostenvoranschlag von Fr. 924 500. mit einem Total von Fr. 637 577.30 zu Buche. Der Perimeterbeitrag wurde auf Fr. 11.70 pro Quadratmeter festgelegt. Aber auch verschiedene andere Strassenabschnitte und Kanalisationsschächte müssen verbessert werden. Durch einen strengen Winter entstehen grössere und kleinere Schäden. Zudem müssen Kanalisationsschächte höher gesetzt und saniert werden. An folgenden Strassenabschnitten wurden die Feinbeläge erneuert: Goetheanumstrasse, In den Zielbäumen, Schulgartenweg und Wollmattweg.

Allgemeines

Neben diesen grösseren Geschäften war der Gemeinderat mit vielen anderen, auch kleineren Anträgen beschäftigt. Wenn man zurückschaut bis zum Beginn der Amtsperiode kann man sich fragen, mit was sich denn der Gemeinderat überhaupt beschäftigt. Bis heute (5. 11. 1999) fanden insgesamt 31 Sitzungen statt, und es wurden 269 Geschäfte behandelt. Im Durchschnitt findet so etwa alle 3 Wochen eine Gemeinderatssitzung statt. Der Gemeinderat tagte genau 63 Stunden und 35

Minuten. (für die Berechnung des Sitzungsgeldes wird die Dauer der Sitzungen minutiös festgehalten), das ergibt einen rechnerischen Durchschnitt von 2 Stunden und 3 Minuten pro Sitzung. Dazu kommt noch die persönliche Vorbereitungszeit, wo es zuerst darum geht, die Sachlage zu verstehen. Hier sind manchmal Abklärungen nötig. Dieser Aufwand liegt im Bereich von ein bis zwei Stunden pro Sitzung. Im weiteren wird dann jedes Geschäft auch in den Fraktionen besprochen. Die Fraktionssitzungen finden unmittelbar vor der Gemeinderatssitzung statt, so dass das Gemeindehaus schon eine Stunde vor Sitzungsbeginn mit debattierenden Gemeinderäten und Gemeinderätinnen gefüllt ist. Insgesamt ist der Zeitaufwand erträglich.

Nun besteht immer die Gefahr, dass man nur auf die Exponenten, in diesem Fall auf die GemeinderätInnen blickt, und dabei etwas Wesentliches des ganzen Arbeitsvorganges verloren geht. In erster Linie muss da das gesamte Arbeitspensum des Gemeindepräsidenten und der Angestellten der Gemeinde in Betracht gezogen werden, die direkt in die Geschäfte im Gemeinderat eingebunden sind (z.B. Bauverwaltung). Ein weiterer Gesichtspunkt ist hier, dass den Präsidenten der Kommissionen eine enorme Bedeutung zukommt. Sie sind verantwortlich für die Vorbereitung und Präsentation der sie betreffenden Geschäfte. Sie werden auch in die Gemeinderatssitzung eingeladen und haben da die Aufgabe, die Meinungen der Kommission zu vertreten. Der Gemeinderat ist darauf angewiesen, dass ein Geschäft klar und deutlich vertreten wird, sonst entsteht oft eine etwas unfruchtbare Diskussion über die Modalitäten und Details. Ohne die starke Arbeit der Kommissionen ist der Gesamtbetrieb nicht zu bewerkstelligen.

Seit November 1997 behandelte der Gemeinderat 269 Traktanden (ohne Informationsveranstaltungen, die nicht als Traktandum in den Gemeinderatsakten geführt werden). Um die einzelnen Geschäfte einem Bereich zuzuordnen habe ich als Versuch die Finanzrechnung unserer Gemeinde zu Hilfe genommen.

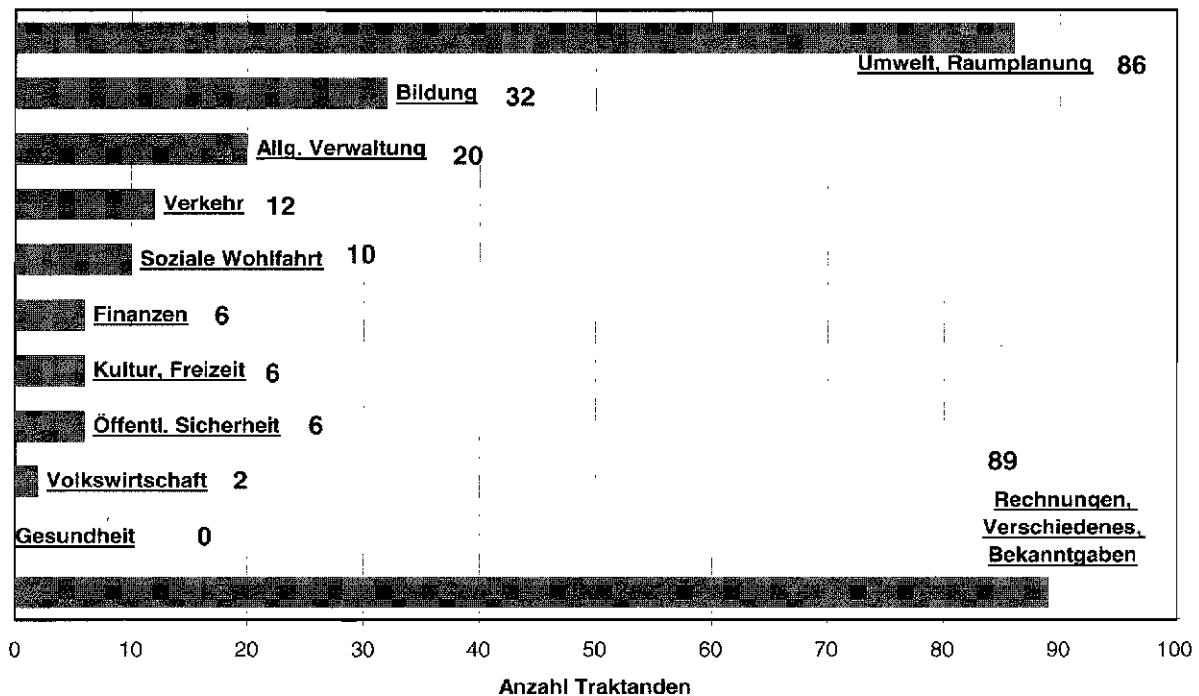
Sie ist gegliedert in zehn Bereiche mit jeweiligen Kostenbereichen:

Allgemeine Verwaltung	Gemeindeversammlung, Gemeinderat, Kommissionen, Gemeindeverwaltung, Bauverwaltung, Allg. Personalkosten
Öffentliche Sicherheit	Rechtswesen, Marktwesen, Feuerwehr, Militär, Zivilschutz
Bildung	Kindergärten, Schulen, Schulanlagen, Übriges Schulwesen
Kultur, Freizeit	Kulturförderung, GGA, Parkanlagen, Wanderwege, Sportanlage, Gartenbad, Skilager
Gesundheit	Krankenpflege, Krankheitsbekämpfung, Schulgesundheit, Lebensmittelkontrolle
Soziale Wohlfahrt	Sozialversicherung, Jugend, Sozialer Wohnungsbau, Altersheime, Allg. Sozialhilfe, Gesetzliche Sozialhilfe, Hilfsaktionen
Verkehr	Kantonsstrasse, Gemeindestrassen, Werkhof, Regionalverkehr
Umwelt, Raumordnung	Wasserversorgung, Abwasser, Abfall, Friedhof, Naturschutz, Übriger Umweltschutz, Raumordnung
Volkswirtschaft	Landwirtschaft, Kommunale Werbung
Finanzen	Gemeindesteuern, Finanzausgleich, Kapitaldienst, Finanzvermögen, Abschreibungen.

Innerhalb dieser Struktur findet man das Leben der ganzen Gemeinde. Eine Finanzrechnung bildet ja immer alle Vorgänge eines Unternehmens oder eben in diesem Fall der Einwohnergemeinde ab. Die Buchhaltung ist ein Spiegel der Vorgänge. Ich habe nun alle Geschäfte der laufenden Amtsperiode auf ihren Inhalt hin betrachtet und einem dieser Bereiche zugeordnet. Nun müsste beim ganzen Vorgang zum Vorschein kommen, in welchen Bereichen in den letzten zwei Jahren auch inhaltlich die Schwerpunkte der Gemeinderatsarbeit lagen, d.h. es sollte durch diese kleine Betrachtung auf eine etwas andere Weise folgende Frage beantwortet werden können: Was hat Dornach in den Jahren 1997–1999 politisch beschäftigt, und wo lagen die Schwerpunkte?

In der folgenden grafischen Aufstellung sehen Sie an erster Stelle Umwelt und Raumplanung. Das weist zum einen auf die Bewe-

1997 - 1999: Verteilung der Geschäfte nach Inhalt



gungen im Umweltsektor (Kelsag, Bodenbelastung, Grünverwertungskonzept, Ramstel) hin, zum andern auf das dominierende Gebiet der Bautätigkeit mit seinen Konzeptions-, Planungs- und Finanzfragen. Dies ist das grösste Tätigkeitsgebiet. Als nächstes folgt der Sektor Bildung. Das hängt konkret damit zusammen, dass in den letzten beiden Jahren immer wieder über die Arbeiten im Zusammenhang mit den Renovationen der Schulgebäude gesprochen wurde. Da waren Kreditvergaben, Arbeitsvergaben usw. Diese Renovationen bilden ja auch von der Finanzplanung her einen Schwerpunkt im laufenden Finanzierungsplan der Gemeinde. An dritter Stelle erscheint die Allgemeine Verwaltung, hier handelt es sich um die Wahlen von Behördenmitgliedern, zudem gehören in diesen Bereich Personalfragen und so weiter. An vierter Stelle liegt der Verkehr. Das hängt mit den Renovationen und Instandstellungen der Gemeindestrassen zusammen. Hier beteiligt ist auch der Werkhof, der den Strassenunterhalt besorgt.

Man sieht also sofort, wo Arbeitsschwerpunkte in der Gemeinde liegen und dies spiegelt sich auch in den Geschäften des Gemeinde-

rates wieder. Als letzter Posten finden Sie unter Rechnungen, Verschiedenes Traktanden, die ich keinen Gebieten zugeordnet habe, da sie das Gesamtbild verfälschen würden. Fast an jeder Gemeinderatssitzung werden Rechnungen zur Zahlung freigegeben und der Gemeindepräsident oder ein Mitglied des Gemeinderates gibt Informationen. Während der Sitzung machen zudem ein Ordner und ein Weidenkorb mit Bekanntgaben die Runde. Hier handelt sich um kleine Baueingaben, Mitteilungen vom Kanton, Geschäftsberichte von Zweckverbänden usw.

Eine Geschehen, das nicht zur offiziellen Gemeinderatstätigkeit gehört und auch nicht von allen Ratsmitgliedern wahrgenommen wird, entwickelt sich kurz nach der Sitzung im Restaurant Engel. Obwohl jedem Ratsmitglied während der Sitzung ein Eptinger Mineralwasser zur Verfügung steht, gibt es im Anschluss an die Sitzung in dieser Richtung noch Bedürfnisse. Wenn Sie also am späteren Montagabend im Engel eine Gruppe von Menschen antreffen, die viel lachen und sich angeregt unterhalten, vielleicht auch manchmal mit roten Köpfen, haben sie es mit von

Ihnen gewählten Ratsmitgliedern zu tun, die da ein inoffizielles, aber sozial wertvolles und entspannendes «Arbeitsprogramm» absolvieren.

Ich bin gespannt, wie sich die Arbeit weiterentwickelt. Es ist für Ratsmitglieder der freien Wähler eine Aufgabe, Sie als Leser über den Fortgang der Arbeit im Infoblatt zu informieren. Gegen Abschluss der Amtsperiode 2001 soll dies auch noch in gründlicherer Form geschehen. Dabei ist sicher folgende Abklärung ins Auge zu fassen: Wie ist das Verhältnis zwischen den Wahlversprechen und der Wirklichkeit während den vier Jahren Arbeit im Gemeinderat?

Markus Jermann

Planen im Untergrund – ein bautechnisches Thema

Im Verlaufe der letzten 20 Jahre wurden bezüglich der Abwasserbeseitigung wesentliche, neue Erkenntnisse in die Verwirklichung einbezogen. Fachleute erarbeiteten sukzessive entscheidende Massnahmen, die von der Beseitigung der Abwässer zur differenzierten Abwasserbewirtschaftung führten.

Die Behörden zogen nach, auf Bundesebene im Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24.1.1994 (Gewässerschutzgesetz), auf kantonaler Ebene im Gesetz über die Rechte am Wasser vom 27.9.1959 mit der entsprechenden Änderung der Vollzugsverordnung vom 31.5.1994 (RRB = Regierungsratsbeschluss).

Im III. Abschnitt Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung lautet der 3. Titel neu: 3. **Generelle Entwässerungsplanungen**, Kanalisationen und Sammelreinigungsanlagen etc.

Das **Generelle Kanalisationsprojekt** (GKP) für die Gemeinde Dornach stammt aus dem Jahr 1980. Es beruhte auf dem Konzept, das

Abwasser, das Regen-, Schmelz- und Sickerwasser, nach einer Reinigung (Abwasser in der ARA Birs I) **möglichst rasch** und betriebssicher einem nahen Oberflächengewässer (=Vorfluter = Birs) zuzuleiten. Dies fast nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn. Dieses Konzept, überall im Siedlungsgebiet konsequent angewendet, führte dann immer mehr zu Spitzenabflüssen, zu Hochwasser, vielfach zu verheerenden Hochwassern in den Flachgebieten entlang der Ströme, in den Unterläufen.

Anders nun die Generelle Entwässerungsplanung, oder, wie nachfolgend verwendet, der **Generelle Entwässerungsplan** (GEP).

Die Ziele des GEP sind:

- Nach Möglichkeit soll sauberes Wasser möglichst langsam in den natürlichen Kreislauf zurückgeleitet werden. Das heisst, dass Vorplätze und ähnliche Anlagen z.B. nicht mehr versiegelt, sondern durchlässig gestaltet werden, damit das Regenwasser versickern kann.
- Es sollen nur die Abwässer abgeleitet werden, die an Ort nicht schadlos versickern können.
- Vernünftige Rückhaltmassnahmen sind vorzusehen, um Abflussspitzen im Vorfluter zu reduzieren.
- Die gegensätzlichen Ziele von Sicherheit und Komfort sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen, etc.

Die Gemeinde Dornach wurde – im Zusammenhang mit der Genehmigung der Ortsplanung anfangs der Neunzigerjahre – im Mai 1992 vom Regierungsrat aufgefordert, einen Generellen Entwässerungsplan (GEP) in Auftrag zu geben.

Der GEP ist ein Erschliessungsplan im Sinne von § 39 des Kantonalen Planungs- und Baugesetzes.



In der Folge wurde ein Pflichtenheft erstellt. Die entsprechende Offertunterlage wurde an 6 namhafte Ingenieurbüros abgegeben. Die Offerten wurden geprüft und auf gleiche Basis gebracht. Der Gemeinderat erhielt die bereinigten Offertunterlagen zur Diskussion.

Die Vergabe der umfangreichen Arbeiten ging an die Ingenieur-Gemeinschaft Holinger AG / Emch + Berger Solothurn AG. Beide Büros haben ihren Sitz in Solothurn.

Die Gemeindeversammlung vom 28. August 1996, die von knapp 60 Teilnehmern besucht wurde, genehmigte den verlangten Kredit von CHF 430'000.--.

Diese Summe setzte sich zusammen aus Honoraren für die Arbeitsschritte:

1. Projektgrundlagen
 2. Entwässerungskonzept und
 3. Vorprojekte
- CHF 377'000.--.

Für die Vorbereitungsarbeiten mit Spülen aller Leitungen sowie Kanalfernseh-Aufnahmen für das ganze Leitungsnetz waren CHF 53'000.-- veranschlagt.

Nach Abzug der heute zugesicherten Subventionen bezüglich der CHF 430'000.-- verbleibt eine Nettobelastung für die Gemeinde von CHF 230'000.--. Soweit die theoretischen Kostenangaben.

Nun zu den **drei Stufen des Wegs zum GEP:**

Arbeitsschritt oder Bearbeitungsstufe 1: Projektgrundlagen

1.1. Kanalisationskataster

Ein Gesamtplan über das Kanalisationsnetz des Siedlungsgebietes von Dornach war nicht vorhanden. Das Erstellen die-

ses Planwerks wurde immer wieder zurückgestellt mit dem Hinweis, den Zeitpunkt abzuwarten, da die Grundbuchvermessung auf Vollnumerik aufgewertet sein werde (Vollnumerik heisst: jeder Grenzpunkt, jede Hausecke, jeder Kultur-grenzpunkt etc. ist mit einem Landeskoordinaten-Paar bestimmt und damit elektronisch speicherbar). Diese Bedingung war 1996 nicht erfüllt; es musste ein provisorischer Kanalisations-Übersichtsplan erstellt werden.

1.2. GPK 1980 ist vorhanden.

1.3. Dimensionierungs-Grundlagen wie Niederschlags-Intensitäten, Trocken- und Regenwetterabflussmengen zu GKP-Plan sind vorhanden.

1.4. Der Zonenplan Siedlung, Fassung von etwa 1990 ist vorhanden (die neuste Ortsplanungs-Revision hingegen ist noch nicht definitiv genehmigt).

1.5. Die Zustandsberichte (das Wort sagt alles) betreffend

- 1.5.1. Gewässer
- 1.5.2. Fremdwasser
- 1.5.3. Kanalisation
- 1.5.4. Versickerung
- 1.5.5. Einzugsgebiet
- 1.5.6. Gefahrenbereiche liegen vor

Die weiteren zwei Arbeitsschritte werden dann das Entwässerungskonzept (2.) und die Vorprojekte (3.) sein.

Und jetzt folgen zu den bisher ausgeführten Arbeiten ein paar Hinweise aus der Sicht des Gemeinderates.

Zu 1.1. Kanalisationskataster

Die Kontrollschächte der Kanäle mussten teilweise mit viel Aufwand gesucht (weil überdeckt, oft vor vielen Jahren verursacht) und dann freigelegt werden. War dies überall so weit, dann erfolgte die lagemässige Aufnahme der Schachtdeckel. Eine Messequipe auf



einem Roller, mit GPS-Instrumenten (GPS = Global Positioning System) und automatischer Registrierung der Daten besorgte dies. Die Abstiche vom Schachtdeckelzentrum auf die Kanalsohle wurde gemessen.

Hie und da waren die Einstiegeisen so stark angerostet, dass die Frage wer wagt es im Vordergrund stand. Denn schliesslich musste über dieselben Einstiegelemente die Kanalfernseh-Kamera mit dem zugehörigen Kabelbündel ab Mitte des Kontrollschachtes auf die Bildaufnahme gestartet werden.

In den Hanglagen des Siedlungsgebietes, dort wo das Abwasser und das Regenwasser mit grosser Geschwindigkeit abfliessen, gab es nur wenige Ablagerungen, die jedoch mit der Druckspülung gelöst werden konnten.

Teilweise verheerende Zustände fanden die Leute der Kanalreinigungsequipe in den grösseren Kanälen der Talsohle, dort, wo die Rohrleitungen ein Gefälle von 5 ‰ oder weniger haben. Das waren erstmals angetroffene Verhältnisse, meinte ein Mitarbeiter; enorme Ablagerungen, sehr stark verfestigtes Material, das abgebaut werden musste. Der Aufwand für die Leitungsspülungen und für die nachfolgenden Fernsehaufnahmen war mit CHF 53'000.-- veranschlagt. Der effektive Aufwand belief sich schliesslich auf mehr als das Dreifache; auch ein zwischenzeitlich beschlossenes Kostendach von CHF 130'000.-- konnte nicht eingehalten werden.

Dies einerseits weil wesentlich mehr Kanal-Kilometer gespült und mit der Kamera aufgenommen werden mussten (meines Wissens 31 km statt der vorgegebenen 22 km, also 9 km Mehrlänge). Andererseits weil die erwähnten Ablagerungen in den Kanälen der Talsohle, teils 20 m³ Material oder mehr pro Teilstück, stark verdichtetes und verkittetes Material, grossen Mehraufwand an Handarbeit erforderte. Hier muss der Gemeinde die Quittung präsentiert werden, die wohl auf einen zu spärlichen und zu sparsamen Kanalisationsunterhalt zurückzuführen ist.

Zu 1.5.3. Zustandsbericht Kanalisation

Dank der Fernsehaufnahmen konnten wir uns ein Bild über den Zustand der verschiedenen Kanalstränge machen. **Neuere Leitungen**, erstellt mit Schleuderbetonrohren mit Glockenmuffen (kleine und grosse Durchmesser) und Kunststoffrohrleitungen (meist kleinere Durchmesser) sind in der Regel in gutem Zustand.

Die Mängel, die zu harter Kritik Anlass geben müssen, treten meistens dort auf, wo irgendwann nach dem Bau der neuen Kanalisationsleitungen weitere Anschlüsse von Neubauten gemacht worden sind. Da kann man alles sehen: sauber zugeschnittene und sauber verlegte Anschlussrohre bis hin zum Pfusch, wie wir ihn verurteilen müssen.

Ältere Leitungen, erstellt zu Zeiten, da es noch keine Schleuderbetonrohre, keine Rohre mit Glockenmuffen, keine Eternit- oder Kunststoffrohre gab, erstellt in Zementrohren mit Spitzmuffen, weisen zusätzliche, spezielle Schäden auf wie Muffenbruch, Rohrisse, Rohrbrüche, eindringende Wurzeln, Erosion (Abrasion) der Rohrsohle etc.

Zu 1.5.6. Zustandsbericht Gefahrenherde

Der Fachingenieur weist in seiner Berichterstattung vom 1.4.1999 darauf hin, dass folgende Leitungsabschnitte, unabhängig vom kommenden Entwässerungskonzept, sofort saniert werden müssen:

- Apfelseestrasse, eine Kanalisationsleitung (Strassenquerung) mit 40 cm Durchmesser, auf einer Länge von 25 m, die halb voll Kalk ist.
- Birsweg-Reinacherstrasse: ein Kanalisationsstrang im sog. Eiprofil von 90/135 cm (Breite 90 cm, Höhe 135 cm, eiförmig), auf einer Länge von 280 m, mit Wassereintritten, Löchern und Wasseraustritten.
- Gigersloch: ein Kanalstrang von 250 m Länge, Eiprofil 100/150 cm, Fremdwassereintritte bei Fugen.

Aufgelistet sind drei weitere Fälle mit Mängeln wie:
viele Risse, Rohrausbrüche, Einlauf stark

vorstehend, viele Wassereintritte, stark ausgefressene Sohle etc., total nochmals runde 370 m.

Es müssen also sofort ca. 925 m Kanäle saniert werden!

Der Fachingenieur unterbreitet dem Gemeinderat Variantenstudien und Vorprojektpläne zu den Massnahmen entlang dem Schwynbach, gemäss Zustandsbericht Gewässer. Diese vorgezogene Bearbeitung drängt sich auf wegen

- der Einleitung von Bachwasser im Ist-Zustand in die Mischabwasser-Kanalisation
- der beschränkten Kapazität des Einlaufbauwerks im Bereich der Eindohlung des Baches am Grenzweg (Überflutungsgefahr resp. -vorkommen).
- einer langdauernden Bewilligungs- und Realisierungszeit

An Hand eines rund 30-seitigen Berichts, mit Hinweis auf die entsprechenden, zugehörigen Planunterlagen, stellt die Ingenieurgemeinschaft fünf Varianten vor zur Abtrennung oder überwiegenden Abtrennung des Bachwassers oder zur Abtrennung des Bachwassers nur bei Trockenwetter vom Abwasser-Kanalisationssystem.

Die geschätzten Kosten für je eine dieser fünf Varianten schwanken zwischen 4,34 und 2,3 Millionen Franken.

Der Gemeinderat wird am 25. Oktober 1999 (und beim Erscheinen dieser Zeilen hat er sich wohl schon weiter vorgearbeitet) eine erste Diskussionsrunde abhalten.

Und so wird das geraume Zeit weitergehen!
Wir melden uns wieder!

Armin Hulliger

Wissen und Verstand bestenfalls auf Halbmast

Damit die Mitglieder der **Rechnungsprüfungskommission (RPK)** ihre Pflichten erfüllen können, müssen sie über eine kaufmännische Ausbildung verfügen. Insbesondere Buchhaltungskennnisse sind verlangt. Beste Voraussetzungen bietet natürlich, wer auch die Besonderheiten der solothurnischen Gemeindebuchhaltungen und die bei deren Führung zu beachtenden Vorschriften kennt. Als Kehrseite dieser hohen Anforderungen treten dann entsprechende Schwierigkeiten bei der Besetzung dieser Kommission auf. So konnten die Freien Wähler kürzlich, als es galt, den zurückgetretenen Herrn Dieter Witschi zu ersetzen, in ihren eigenen Reihen niemanden finden, der sowohl über die notwendigen Kenntnisse verfügte als auch bereit war, sich in die RPK wählen zu lassen. Sie waren damit in der gleichen Lage wie die SP im Oktober 1995, als Herr Decasper zurücktrat. Die SP hatte auch auf ihrer Liste kein nachrückendes Mitglied und war nicht in der Lage, aus ihren Reihen jemanden zu nominieren. Sie warf deshalb das Handtuch und erklärte kurzerhand, niemanden zu haben. Während mehr als einem Jahr blieb so ein Sitz in der fünfköpfigen RPK unbesetzt, was natürlich eine entsprechende Mehrarbeit für die verbliebenen vier Kommissionsmitglieder mit sich brachte. Schliesslich sprang dann die FdP in verdankenswerter Weise ein und nominierte Herrn Urs Fässler, der vom Gemeinderat anstandslos gewählt wurde. Da die FdP damals noch Anspruch auf zwei Sitze hatte, stellte sie so in der Zeit vom 1.12.96 bis Ende 1997 (Ende der Wahlperiode) drei von total fünf RPK-Mitgliedern, hatte also die absolute Mehrheit.

Die Freien Wähler machten sich in der gleichen Lage die Sache nicht so leicht wie die SP. Sie warfen nicht das Handtuch, sondern fühlten sich verpflichtet, beide ihnen zustehenden Sitze auch zu besetzen. Anhand der Berufsbezeichnungen im Telefonbuch erstellten sie mit einigem Ar-



beitsaufwand eine Liste von Personen, die von ihrem Beruf her für eine Mitgliedschaft in der RPK geeignet schienen. Dann setzten sie sich ans Telefon und versuchten auf diese Weise, ein geeignetes RPK-Mitglied zu finden. Frau Verena Wiggli, wohnhaft am Arlesheimerweg 5, von Beruf Finanzverwalterin der Gemeinde Gempen und deshalb besonders geeignet, den vakanten RPK-Sitz zu besetzen, hat sich anlässlich der telefonischen Anfrage interessiert gezeigt. Sie fügte aber auch sofort bei, Mitglied der hiesigen SVP zu sein und für diese einige kleinere Funktionen bei der Gemeinde auszuüben. Eine Wahl in die RPK als Vertreterin der Freien Wähler würde sie gerne annehmen, aber es komme nur in Frage, wenn ihre Zugehörigkeit zur lokalen SVP kein Hindernis sei. Wahrscheinlich hätten die Freien Wähler bei ihrer Telefonaktion Frau Wiggli gar nicht angefragt, wenn ihnen ihre Mitgliedschaft bei einer andern Partei bewusst gewesen wäre. Nachdem die Anfrage aber erfolgt war und Frau Wiggli positiv reagiert hatte, war man erfreut, eine so geeignete Kandidatin vorschlagen zu können. Kein Problem sah man vor allem auch deshalb, weil die Dornacher SVP mit ihrem kleinen Wähleranteil weit davon entfernt ist, Anspruch auf einen der fünf RPK-Sitze erheben zu können. **Frau Wiggli war also bereit, den zweiten RPK-Sitz der Freien Wähler zu besetzen, und diese freuten sich darüber, ohne dass in ihren Reihen eine einzige gegenteilige Meinung geäußert worden wäre.**

Die RPK wird nach Gesetz im Proporzwahlverfahren gewählt. Fünfzehn Personen können eine Liste einreichen. Diese kann, muss aber nicht den Namen einer bestehenden politischen Partei tragen. Scheidet im Laufe der Amtsperiode ein Mitglied aus, rückt automatisch die erste nicht gewählte Person auf der Liste nach. Ist niemand da, der nachrücken kann, haben gemäss § 127 Abs. 2 des Wahlgesetzes sechzig Prozent der Listenunterzeichner(innen) das Recht, eine nachrückende Person zu bestimmen. Dieses Recht steht also nicht der Partei zu, deren Name die Liste trägt. Bezeichnen sechzig Prozent der Listen-

unterzeichner(innen) die nachrückende Person, gilt diese als in stiller Wahl gewählt.

In Dornach reichten in der Vergangenheit immer nur Angehörige einer bestehenden Partei Listen ein, und zwar mit dem Namen ihrer Partei. Deshalb wurden Ersatzwahlen in die RPK seit Jahren so vorgenommen, dass die von der Vakanz betroffene Partei dem Gemeinderat eine Kandidatin oder einen Kandidaten nominierte. Der Gemeinderat wählte diese Person dann anstandslos. Die Sitzverteilung war ja sowieso immer unbestritten. Es ist dies das gleiche Verfahren, welches für Ersatzwahlen in diejenigen Kommissionen gilt, die nicht an der Urne, sondern vom Gemeinderat gewählt werden. Eine Wahlbeschwerde gegen eine so durchgeführte Ersatzwahl in die RPK wurde nie eingereicht, weshalb diese Wahlen auch immer rechtskräftig wurden. Auch die erwähnte Wahl von Herrn Urs Fässler verlief, wie bereits erwähnt, seinerzeit so. Dieses vereinfachte Verfahren erspart es den Parteien, die Unterschriften der Listenunterzeichner(innen) einsammeln zu müssen. Auch erhielt der Gemeinderat so eine faktische Kompetenz, die ihm nach Gesetz nicht zustand, von der er aber Gebrauch machte. Im Sinne der soeben geschilderten Dornacher Praxis schlugen die Freien Wähler Frau Wiggli dem Gemeinderat zur Wahl vor. Angesichts ihres Rechtsanspruchs auf diesen Sitz meinten sie, diese Wahl sei, wie gewohnt, eine Formsache. **Zusammen mit Frau Wiggli machten sie jedoch die Rechnung ohne den Wirt bzw. ohne sechs Ratsmitglieder der SP, CVP und SVP.**

Die Wahl war auf den 9. August traktandiert. Bei der Behandlung dieses Wahlgeschäfts bemängelte Gemeinderat Hansjörg Staub (SP), die Sache sei nicht abstimmungsreif. Frau Wiggli sei Gemeinderatssuppleantin der SVP. Es sei nicht vereinbar, gleichzeitig dem Gemeinderat als Suppleantin und der RPK anzugehören. Letzteres stimmt. Die Wahl hätte aber trotzdem erfolgen können. In der Praxis wird regelmässig zuerst gewählt, und dann muss die gewählte Person erklären, welches der beiden Ämter sie in Zukunft

ausüben will. Wäre dem nicht so, hätte die Gemeinde Frau Wiggli vor der Wahlsitzung des Gemeinderates auffordern müssen, ihre Demission als Gemeinderatssuppleantin zu erklären. Sie hätte dies auch anstandslos getan.

Ganz dick trug GR Doris Boder (CVP) auf. Sie wollte wissen, welcher Partei nun Frau Wiggli eigentlich angehöre, der SVP oder den Freien Wählern. Gemäss Protokoll tendierten weitere Meinungsäusserungen aus dem Rat darauf hin, dass man eigentlich vor der Wahl wissen sollte, welcher Partei nun Frau Wiggli tatsächlich angehöre. Auf Antrag von GR Hansjörg Staub wurde Frau Wiggli schliesslich die Wahl mit 6 SP-, CVP- und SVP-Stimmen gegen 4 Stimmen der Freien Wähler verweigert. Der Gemeindepräsident stimmte wie immer, wenn er nicht den Stichentscheid geben muss, nicht mit. Die übrigen Freisinnigen enthielten sich der Stimme.

Wer im Ratssaal Töne der beschriebenen Art von sich geben will, dem gebieten es wohl Pflicht und Anstand, die Sache vor der Sitzung genauer zu prüfen. Der Wahlvorschlag der Freien Wähler war von einem Juristen unterzeichnet. Vielleicht wäre das ein zusätzlicher Anlass zu genauer Abklärung vor Abgabe der peinlichen Voten gewesen. In unserem Staat hat nämlich jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht, für ein Amt zu kandidieren, egal ob sie oder er überhaupt einer Partei angehört oder nicht. Das ist ein Grundrecht der Verfassung. Jede Kandidatin und jeder Kandidat ist zudem berechtigt, Auskünfte über eine allfällige Parteizugehörigkeit zu verweigern. **Solche Auskünfte als Bedingung einer Wahl zu machen, verletzt die betroffene Person in ihren verfassungsmässigen Rechten und ist nicht mehr und nicht weniger als Gesinnungsschnüffelei.** Wäre es Pflicht des Wahlgremiums, solche Gesinnungsschnüffelei zu betreiben, müssten wir jeweils nicht fünfzehn Mitglieder des Gemeinderates, sondern fünfzehn Gesinnungsschnüffler(innen) wählen. Der Gemeinderatssaal müsste dann umgetauft werden, viel-

leicht in "Kommunales Epizentrum für Gesinnungsschnüffelei". Wer für ein Amt kandidiert, ist lediglich verpflichtet, sich darüber zu äussern, ob sie oder er bereit ist, für diejenigen, die sie oder ihn vorschlagen zu kandidieren (Listenunterzeichner(innen) bei Urnenwahlkommmissionen bzw. Parteien bei den andern Kommissionen). Selbst wenn die Kandidatin oder der Kandidat von einer Partei und nicht von den Unterzeichnern einer Proporzliste vorgeschlagen wird, darf sich das Wahlgremium einen alten Hut darum kümmern, ob die oder der zu Wählende dieser Partei auch angehört. **Es steht deshalb jedermann auch absolut frei, sich für zwei Ämter bei verschiedenen Parteien wählen zu lassen.** Sie oder er muss einfach von zwei verschiedenen Parteien vorgeschlagen werden.

Nähme sich jedes Ratsmitglied, das nicht oder nicht mehr über so viel Rechts- und Staatskunde-Kenntnisse verfügt, wie sie etwa von einem Gewerbe- oder KV-Lehrling verlangt werden, nach der Wahl die Mühe, sich diese Kenntnisse (wieder) anzueignen, könnten solch erbärmliche Ratsvorstellungen vermieden werden. Der Kanton organisiert jeweils nach den Wahlen Kurse für gewählte Gemeinderäte. Gelegenheit, solche Wissenslücken auszufüllen, wäre also da. Nach den letzten Wahlen haben zwei Gemeinderäte aus Dornach diesen Kurs besucht, der SVP-Vertreter und ein Ratsmitglied aus der Fraktion der Freien Wähler. Leider besteht von Gesetzes wegen keine Möglichkeit, den gewählten Gemeinderatsmitgliedern vorzuschreiben, solche Kurse zu besuchen. Wohl verlangt das Gesetz für Autopneus ein bestimmtes Mindestprofil, für Gemeinderatsmitglieder darf es dies aber aus demokratischen Gründen leider nicht tun. Da müsste die Einsicht und der Wille bei den Mitgliedern selbst vorhanden sein. Zudem tröpfeln entgegen einer scheinbar weit verbreiteten Ansicht die notwendigen Kenntnisse den Gewählten auch nicht automatisch mit der Wahl von oben unter die Schädeldecke!

Obwohl er dazu alles andere als geeignet erscheint, muss der Gemeinderat, wie in unse-

rem Fall, nicht selten Rechtsfragen beantworten. Mitglieder, welche nun halt einmal über keine oder fast keine Rechts- und Staatskundekenntnisse verfügen, hätten in Dornach die bequeme und auch legitime Möglichkeit, bei der Beurteilung von reinen Rechtsfragen (nicht auch bei allen andern Traktanden und bei der Beurteilung von Rechtsfragen mit Ermessensbefugnis) auf den Gemeindepräsidenten zu hören. Er verfügt über juristische Ausbildung. Jedenfalls auf Wunsch, pflegt er seine Meinung zu sagen. Auch am 9. August 1999 hat er dies getan. Es bestünde also eine ideale Gelegenheit, Wissenslücken zu verstecken. Warum nur wurde und wird regelmässig diese Gelegenheit nicht benützt? **Der Schreibende kann diese Sache drehen und wenden und wenden und drehen, wie er will, es will und will ihm einfach nichts anderes einfallen als der Glaube an das erwähnte Tröpfeln von oben!**

Nach ihrer Abfuhr im Gemeinderat reichten die Freien Wähler die nach Wahlgesetz notwendige Zahl Unterschriften von seinerzeitigen Listenunterzeichnern ein, und Frau Wiggli wurde in der Folge vom Gemeindepräsidenten als in stiller Wahl gewählt erklärt. **Die Annahme dieser Wahl veranlasste die SVP, Frau Wiggli in einer eigens hiefür einberufenen Parteiversammlung aus der Partei auszuschliessen!!!**

Der Schreibende begnügt sich mit einer einzigen Schlussbemerkung und stellt abschliessend einige Fragen, deren Beantwortung er dem Leser überlässt.

Gerade Vorfälle der beschriebenen Art sind es, die dazu führen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die für die Ausübung von politischen Ämtern fähig und geeignet wären, der Politik den Rücken kehren und alles andere eher tun würden, als für das Gemeinwesen tätig zu sein. Im Ergebnis der Arbeit unserer Behörden lässt sich die Absenz dieser fähigen und geeigneten Leute mehr und mehr erkennen.

Fragen:

- 1) Wo ist das Wissen und der Verstand das/den unser Gemeinderat am 9. August 1999 an den Tag legte anzusiedeln? Auf Halbmast? Oder etwa gar im Keller?
- 2) Wie viel Glaubwürdigkeit verbleibt einer Partei, deren Funktionäre:
 - a) einerseits zu faul sind, so lange zu suchen, bis sie die ihnen zustehenden Kommissionsitze zu besetzen imstande sind, also die Gemeinde einfach im Stich lassen?
 - b) sich andererseits nicht zu schön sind zu versuchen, eine andere Partei, deren Vertreter in gleicher Lage gesucht haben, bis sie fündig wurden, auf die beschriebene Art um den Lohn ihrer Arbeit zu bringen?
- 3) Was ist von einer Partei zu halten, auf deren Fahne der Liberalismus steht, die aber nichts tut, um Gesinnungsschnüffelei der beschriebenen Art zu verhindern?
- 4) Wie ist das Verhalten der SVP Dornach zu beurteilen, die Frau Wiggli als Strafe für ihre "Schandtat" aus der Partei ausgeschlossen hat?
- 5) Welches Mitglied des Gemeinderates, das Frau Wiggli seine Stimme nicht gab, kann für sich in Anspruch nehmen, dabei die Interessen und das Wohl unseres Gemeinwesens im Auge gehabt zu haben? Was anderes hatten diese Ratsmitglieder im Auge?

Erich Fischer

Ombudsfrau
der Freien Wähler Dornach

701 66 55

zu jeder Zeit

oder schriftlich an:
Postfach 4143 Dornach 2

Stiftungsrat Alters- und Pflegeheim Wollmatt

6 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans Hasler, Ursula Hofer-Wiesinger

Für den Stiftungsrat des Alters- und Pflegeheimes Wollmatt, vor allem aber für den Heimleiter und die Heimkommission, ergab sich im Laufe dieses Jahres eine recht schwierige Situation, als bei den Revisionsarbeiten zum Vorschein kam, dass der Buchhalter eine recht grosse Summe rund eine Viertelmillion Franken veruntreut hatte. Darüber ist ja auch in der Presse berichtet worden. Als einer der Delegierten der Gemeinde Dornach war mir von Interesse, wie man mit einer solchen unangenehmen Tatsache umgeht. Es hat wenig Sinn, mit gegenseitigen Schuldzuweisungen die Lage noch schwieriger zu machen bei wirklich aufmerksamer Wachsamkeit hätten vielleicht einige Menschen den Schaden vermeiden oder wenigstens begrenzen können. Jeder hat seine Stärken und seine Schwächen. Und manchmal sind gerade die mit den Schwächen verbundenen Stärken das, was man für eine bestimmte Aufgabe besonders braucht.

Die Auseinandersetzung mit dem Zwischenfall führte dazu, dass nach festgestellter Tatsache die Lücken in der Struktur untersucht und Aufgaben neu verteilt wurden. Gleichzeitig gab dies Anlass, für den bevorstehenden Wechsel des Heimleiters und die Ausschreibung dieses Postens sorgfältig das Pflichtenheft zu überarbeiten. Herr Mäder wird nächstes Jahr in den verdienten Ruhestand treten können. Die betagten Menschen haben sich unter seiner Leitung sehr wohl gefühlt. An der nächsten Sitzung soll der neue Heimleiter gewählt werden.

Hans Hasler

Ein Blick über den Gartenzaun

Mein Bericht kommt diesmal aus dem fernen Ufa, der Hauptstadt von Baschkortostan. Sie liegt im südlichen Ural an der Grenze zu Asien. Nach der Öffnung vor 6 Jahren hat das hiesige Erziehungsministerium beschlossen, pädagogische Reformprojekte einzuführen. Eine staatliche Mittelschule wurde dazu ausgewählt, die Methoden der Waldorfschule (Rudolf Steiner-Schule) an der Staatsschule zu versuchen. Als ständige Berater helfen dort ein deutscher Kollege und ich mit. Im Augenblick bin ich wieder für sechs Wochen hier und schildere einige Eindrücke.

Oft denke ich an die freudige Aufbruchstimmung, die vor ca. 10 Jahren herrschte, als die sowjetische Zwangsjacke abfiel. Das Land öffnete sich schnell dem Westen, der zunächst auch mit Erleichterung reagierte. Überall entstanden grosse Hoffnungen. So war es auch im Schulwesen. Die Unterrichtspläne und Lehrbücher waren wegen ihrer ideologischen Prägung nicht mehr brauchbar. Da begannen viele Lehrer auf allen Stufen, ihren Unterricht selbständig und frei zu gestalten. Mit grossem Interesse wurden viele neue Möglichkeiten ergriffen. Doch die Erfahrung kann nicht so schnell nachgeholt werden. Es zeigte sich auch, dass eingefahrene Gewohnheiten und verhärtete Strukturen nicht so leicht abgebaut werden können.

Auch im Staat begann jetzt vieles zu schwanken, weil allzu viele die neue Freiheit zu ihrem eigenen Vorteil missbrauchten. Grosse Krisen waren die Folge. Die Versorgung mit Waren funktioniert zwar jetzt recht gut. Doch das Preis-Lohn-Verhältnis spottet jeder Beschreibung. Die Lebensmittelpreise sind jetzt fast so hoch wie bei uns. Der Lohn aber z.B. einer Lehrerin beträgt umgerechnet kaum 70 Franken pro Monat; Pensionäre müssen sich mit ca. 30 Franken abfinden. Wer sich nicht durch Nebenarbeit über Wasser halten kann, kommt kaum durch. Doch auch dies ist kompliziert und aufwendig wie alles hier. Dafür

stehen zwei Beispiele, die sich beliebig erweitern liessen.

Die Wandtafeln muss man zuerst mit Zuckerwasser einreiben, damit sie die Kreide annehmen; diese hält dafür um so mehr an den Händen. Das Abwaschen dauert aber viel länger, weil die Seife schlecht ist. Oder: während das Küchenpersonal das Mittagessen für 200 Schüler vorbereitet, fällt der Strom für längere Zeit aus. Da muss schnell das Menü umgestellt werden. So vergeht kein Tag ohne Überraschungen. Das verlangt von den Menschen viel Beweglichkeit und Geduld.

Dazu kommt, dass die Politiker kaum imstande sind, das Land zu führen. Alles versinkt mehr und mehr in Unordnung. Einzige Hoffnung ist die jetzt heranwachsende Generation, die Kinder. Sie können und sollten zu Selbständigkeit, Initiative und Verantwortung herangezogen werden. Gerade dazu kann die Waldorfpädagogik einen wichtigen Beitrag leisten. Sie nimmt diese Erziehungsziele ernst und arbeitet entschieden darauf hin, dass nur Menschen, die entsprechende moralische und soziale Fähigkeiten aus der Schule ins Leben mitbringen, die Welt verändern können. Das ist genau so wichtig wie die intellektuelle Bildung und das Wissen.

Es scheint sogar, dass dies hier von viel mehr Menschen verstanden wird als bei uns. Und doch geht die Entwicklung jetzt in anderer Richtung. In Wirtschaft und Politik, aber

auch im Schulwesen ist die Gefahr jetzt gross, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht wird. Wissen und Leistung werden immer wichtiger. Die Kontrolle spielt eine grössere Rolle. Die Schüler werden ständig beurteilt. Übrigens wurde ich das erste Mal bei der Registrierung meines Aufenthaltes von der Polizei genau über meine Tätigkeiten befragt.

Stutzig hat mich auch gemacht als ich am Lehrertag an den Darbietungen im grossen Saal des Kulturpalastes teilnahm und am Ende Kinder in der Pioniertracht sich zwischen den Stuhlreihen aufstellten und sangen. Der Liedtext war zwar neu, aber die Melodie und die begleitende Marschmusik stammten aus der Sowjetzeit!

Trotz allem möchte ich die Verbindung zu der Lehrerschaft in Ufa aufrecht erhalten. Denn es scheint mir wichtig, dass sich die Menschen aus Ost und West vor allem auf fachlichem Gebiet treffen. Beide Seiten können voneinander viel lernen. Vielleicht wird dadurch in der heute dringend notwendigen Völkerverständigung mehr erreicht, als dass die Politik vermag.

Edwin Kaufmann, z.Zt. in Ufa

Impressum:

Infoblatt der Freien Wähler Dornach
Redaktion: Hans-Peter Naegeli, Hans Reinacher,
Jean-Jacques Voirol

An dieser Ausgabe arbeiteten mit:
Erich Fischer, Hans Hasler, Armin Hulliger
Markus Jermann, Edwin Kaufmann

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Ombudsfrau, Telefon 701 66 55, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach
Postfach
4143 Dornach 2

November 1999

Gemeindeversammlung

16. Dezember 1999

20.00 Uhr

Aula Schulhaus Brühl

Budget 2000

